

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
12/2014*



P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Liebe FreundInnen!

Wie immer erhaltet Ihr von mir die neuesten Informationen direkt aus dem Parlament. Themen in den Nationalratssitzungen vom 10. und 11. Dezember waren unter anderem die

Auch außenpolitisch gibt es einiges zu berichten. Vom 30. November bis zum 2. Dezember fand in Rom die Konferenz der nationalen EU-Ausschüsse (COSAC) statt und am 3. und 4. Dezember habe ich in Basel an den Sitzungen des Präsidiums der OSZE und des OSZE-Ministerrats teilgenommen. Zu beiden Veranstaltungen findet ihr hier einen Bericht. Außerdem fand am 8. und 9. Dezember die internationale Konferenz zu den humanitären Folgen von Atomwaffen in Wien statt. Weil ich der Meinung bin, dass die Gefahren, die von Atomwaffen ausgehen nicht nur von den Regierungen sondern auch von den Parlamenten diskutiert werden müssen, habe ich im österreichischen Parlament einen internationalen ParlamentarierInnen-Roundtable initiiert, der großen Zuspruch gefunden hat. Informationen über diesen Roundtable, die internationale Konferenz und die Gefahren, denen wir noch immer durch Atomwaffen ausgesetzt sind, werde ich Euch in einem Sonderinfoletter am Montag zusenden.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine



FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Top-Themen:

U-Ausschuss-Reform – Historischer Beschluss für Parlamentarismus

Die Reform des Untersuchungsausschusses bringt eine wichtige und notwendige **Weiterentwicklung des Parlamentarismus**: Die Einsetzung von U-Ausschüssen wird zum **Minderheitsrecht**, gleichzeitig gibt es **klarere und faire Verfahrensregeln**, die dafür sorgen, dass der U-Ausschuss nicht zum "Polit-Tribunal" wird. **Österreich ist damit Vorreiter in Europa** – nur der deutsche Bundestag kennt vergleichbare Regelungen. **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** dankte in der Plenardebatte den anderen vier Parteien, mit denen die Reform verhandelt wurde, für die konstruktive Zusammenarbeit: "Diese historische Lösung ist ein **Riesenschritt nach vorn für den österreichischen Parlamentarismus!**"

Hypo-Verantwortung für Banken-Debakel trägt Kärntner FPÖ

Auch der **Bericht der Griss-Kommission** zur Hypo macht deutlich, dass die Politik der damals regierenden **FPÖ in Kärnten Ursache des Hypo-Debakels** ist. Eine hochriskante Expansion sowie **Landeshaftungen von bis zu 23 Mrd. Euro**, die die Kärntner FPÖ-Politiker eingegangen sind, waren Ausgangspunkt der Schwierigkeiten. Der Bericht zeigt weiters **keine grundsätzliche Alternative zur Notverstaatlichung**. "Die Verstaatlichung der Hypo war der einzig gangbare Weg. Hätten wir die Bank in die Pleite schlittern lassen, wären nicht etwa BankmanagerInnen die Leidtragenden gewesen, sondern die SparerInnen", so **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** in der Debatte zur Aktuellen Stunde im Nationalrat. Die Kritik der Opposition an der Regierung sei so, "als ob die Feuerwehr beschuldigt wird, den Brand nicht schnell genug zu löschen

und völlig vergessen wird, wer der Brandstifter war!"

SPÖ schon frühzeitig für "Bad Bank"

Nach der Verstaatlichung sei die **SPÖ schon frühzeitig für eine "Bad Bank"** gewesen, erinnerte **SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer** in der Debatte zur Dringlichen Anfrage am Donnerstag. Die Abwicklung hätte schneller und professioneller erfolgen können, aber: "Da geht es um die Stellen hinter dem Komma. Der Schaden, der durch die FPÖ in Kärnten verursacht wurde, sind die Stellen vor dem Komma, also Milliarden", so Krainer.

Anti-Terror Paket – IS-Symbole werden verboten

Der Nationalrat setzt mit dem **Verbot zur Verwendung von IS-Symbolen** ein klares Signal: Das Verwenden einer Symbolik von Gruppierungen, die **Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord** begehen, **steht im Widerspruch zu den Werten unserer Gesellschaft**. Einschlägige Symbole werden auch in Österreich zur Unterstützung und Verherrlichung von Gewalt und Terrorismus missbraucht – daher wird die Verwendung dieser Symbole verboten. Das richtet sich **keineswegs gegen religiöse Symbolik allgemein**, sondern gegen die spezifische Verwendung dieser Zeichen im Zusammenhang mit Gewalt und Terrorismus. **SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl** betonte in der Debatte: "Der Staat muss reagieren. Wer in Österreich lebt, hat sich an unseren Rechtsbestand und unsere Werte zu halten."

Teil des Anti-Terror-Paketes ist außerdem der **Entzug der österreichischen Staatsbürgerschaft für jene, die im Ausland an Kampfhandlungen teilnehmen**. Außerdem kann **Minderjährigen die Ausreise verweigert werden**, wenn keine Einwilligung der Eltern zur Ausreise vorliegt oder es den Verdacht gibt, dass sie **an Kampfhandlungen teilnehmen wollen**. Damit wird auf die **Hilferufe von Eltern** reagiert, die fürchten, dass **ihre Kinder als IS-Kämpfer rekrutiert** werden. Bei dieser Regelung steht der **Jugendschutz** im Vordergrund.

Wohnrechtsnovelle – MieterInnen werden entlastet

Mit der Wohnrechtsnovelle 2015 wird eine **Forderung der SPÖ im Sinne der MieterInnen umgesetzt** und für **mehr Rechtssicherheit** gesorgt. Künftig sind die **VermieterInnen für die oft teure Reparatur von Thermen, Boilern etc. zuständig**. MieterInnen sind nur für die Wartung verantwortlich. Mit einer weiteren Gesetzesänderung wird eine schon lang geübte Praxis der Gerichte im Gesetz fixiert: "Zubehör" zum Wohnungseigentum wie Kellerabteil oder Garagenplatz muss nicht extra im Grundbuch eingetragen werden. Damit schaffen wir Rechtssicherheit und ermöglichen Gerichten eine einfachere Handhabung bei der Begründung von Wohnungseigentum.

Die SPÖ hat durchgesetzt, dass MieterInnen nun Rechtssicherheit haben: Die Thermenreparatur muss künftig der Vermieter zahlen.

NR-Sitzung vom 10. Dezember 2014

U-Ausschuss-Reform beschlossen ([439 d.B.](#)), ([440 d.B.](#)), ([441 d.B.](#)) – siehe Top-Themen

Sozialversicherung – Verbesserung für Eltern behinderter Kinder ([417 d.B.](#))

Das Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz 2014 verbessert u.a. die Stellung von Eltern, die ihre behinderten Kinder pflegen. Was die Selbstversicherung in der Pensionsversicherung betrifft, werden sie jenen gleichgestellt, die pflegebedürftige Angehörige betreuen. Die Form der freiwilligen Versicherung bietet Frauen und Männern, die sich der Pflege eines im gemeinsamen Haushalt lebenden behinderten Kindes widmen, kostenlos die Möglichkeit, sich in der Pensionsversicherung zu versichern. Die Beitragsgrundlage wird nun von derzeit 1.105 auf 1.650 Euro im Jahr 2019 angehoben, was sich letztlich in höheren Pensionen auswirkt.

Teil der Novelle ist außerdem die Abschaffung der Regelung, wonach die Pension nicht ausgezahlt wird, wenn sich der Betreffende mehr als zwei Monate in einem Land aufhält, mit dem es kein Sozialversicherungsabkommen gibt.

Notariatsversicherungsgesetz ([429 d.B.](#))

Diese Novelle enthält pensionsrechtliche Anpassungen für Notare.

Einheitliches Gewereregister ([403 d.B.](#))

Mit dem neuen Gewerbeinformationssystem Austria (GISA) wird das Nebeneinander von Gewereregistern von Bund, Ländern und Städten durch eine bundesweite Lösung ersetzt. Das ermöglicht eine einheitliche elektronische Gewerbebeanmeldung sowie tagesaktuelle und vollständige Daten für ganz Österreich.

Maß- und Eichgesetz ([404 d.B.](#))

Die Novelle zum Maß- und Eichgesetz enthält im Wesentlichen technisch-legistische Änderungen.

Wirtschaftsabkommen mit Kamerun ([405 d.B.](#))

Derzeit wird ein umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den Staaten Zentralafrikas und der EU verhandelt. Bis zu dessen Abschluss wurde ein Übergangsabkommen zwischen der EU und Kamerun abgeschlossen, das u.a. einen bevorzugten Zugang Kameruns zu EU-Märkten sowie Unterstützung bei der Entwicklungszusammenarbeit enthält.

Uni-Gesetze: Höhere Frauenquote + gemeinsame LehrerInnenausbildung ([389 d.B.](#))

Wichtige frauenpolitische Verbesserungen bringt die Novelle des Universitätsgesetzes: Die Frauenquote in den Kollegialorganen der Unis wird von 40 auf 50 Prozent angehoben. Damit wird die Position von Frauen im wissenschaftlichen Betrieb gestärkt. Außerdem sind Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie künftig verbindlich in den Uni-Satzungen verankert. Ebenfalls Teil der Novelle sind schärfere Sanktionen bei Plagiaten.

Ein wesentlicher Schritt zur PädagogInnenbildung Neu sind außerdem die Änderungen im Universitäts- und im Hochschulgesetz. Durch eine Kooperationsklausel wird die Zusammenarbeit zwischen Pädagogischen Hochschulen und Unis, die ab 2016/17 LehrerInnen der Sekundarstufe ausbilden, gewährleistet. Die Novelle beseitigt letzte rechtliche Hürden für die gemeinsame LehrerInnenausbildung.

Veröffentlichungspflicht für Privatunis ([391 d.B.](#))

In einem Entschließungsantrag wird das Wissenschaftsministerium aufgefordert, eine Regelung hinsichtlich der Veröffentlichung von wissenschaftlichen Arbeiten für Privatuniversitäten zu erarbeiten.

Wehrgesetz – Frauen können zur Miliz ([380 d.B.](#))

Eine Änderung des Wehrgesetzes gibt Soldatinnen die Möglichkeit, sich freiwillig zu Milizübungen zu melden. Außerdem wird die Zahl der Mitglieder der Parlamentarischen Bundesheerkommission an die derzeitige Mandatsverteilung im Nationalrat angepasst.

Anti-Terror-Paket – Anti-Radikalisierungspaket ([412 d.B.](#)), ([413 d.B.](#)) – siehe Top-Themen

Entschließungsantrag gegen Signalstifte bei Fußballspielen und Pyrotechnikgesetz-Novelle ([411 d.B.](#))

In einem 5-Parteien-Antrag fordert der Nationalrat die Innenministerin auf, so genannte "Signalstifte" bei Fußballspielen gesetzlich zu verbieten, da diese Personen gefährden können. Eine Novelle des Pyrotechnikgesetzes enthält außerdem die Umsetzung einer EU-Richtlinie zur erhöhten Sicherheit bei Feuerwerkskörpern. Unter anderem wird klargestellt, dass Blitzknallsätze sowie Manipulationen von Verbundfeuerwerken verboten sind.

Chemikaliengesetz ([410 d.B.](#))

Mit einer Änderung des Chemikalien- und des Bundeskriminalamt-Gesetzes soll der Missbrauch von Ausgangsstoffen zur Herstellung von Explosivstoffen durch Privatpersonen verhindert werden. Einzelne chemische Stoffe dürfen ab einer gewissen Konzentration nicht mehr abgegeben werden, andere müssen registriert bzw. gemeldet werden.

NR-Sitzung vom 11. Dezember 2014

Zusammenarbeit in Finanzstrafverfahren + Trafik-Pflicht für E-Zigaretten ([432 d.B.](#)) ([433 d.B.](#))

Das 2. Abgabenänderungsgesetz 2014 regelt u.a. die Zusammenarbeit in Finanzstrafverfahren mit den EU-Ländern. Die Finanzstrafbehörden dürfen dann unter bestimmten Auflagen auf Ersuchen einer Strafverfolgungsbehörde eines anderen EU-Landes Informationen und Ergebnisse aus inländischen Ermittlungsverfahren übermitteln. Das Gesetz enthält außerdem administrative Änderungen in diversen Steuergesetzen.

Das Gesetz bringt zudem die Trafik-Pflicht für E-Zigaretten und E-Shishas. Gleichzeitig wird die Packungsgröße für Zigaretten auf 20 oder 25 Stück/Packung beschränkt.

Österreichische Beiträge zur Entwicklungszusammenarbeit ([434 d.B.](#))

Mit dem Gesetz werden die österreichischen Beiträge an internationale Entwicklungsfonds festgesetzt. Für den Zeitraum 2014-2018 sind das 324,6 Mio. Euro u.a. an den afrikanischen Entwicklungsfonds oder den Fonds der Internationalen Entwicklungsorganisation.

Neue Berechnungsmethode für Bundesanleihen ([435 d.B.](#))

Die Nationalbank (OeNB) bekommt mit einem neuen Bundesgesetz Zuständigkeiten für die Ermittlung der Rendite für Bundesanleihen. Die jetzige Sekundärmarktrendite des Bundes (wurde bisher von der Kontrollbank ermittelt) wird durch eine neue Berechnungsmethode der OeNB, nämlich die Umlaufgewichtete Durchschnittsrendite für Bundesanleihen (UDRB) ersetzt.

Strenge Auflagen für Versicherungen ([436 d.B.](#))

Das neue Versicherungsaufsichtsgesetz schreibt Versicherungen aktuelle europäische Standards vor, wie das Unternehmen zu führen ist, etwa in Sachen Risikomanagement, interne Revision, Vorsicht bei der Veranlagung von Kapital und strikte Einhaltung der Regeln, die sich aus der Übernahme der Solvency II-Richtlinie in nationales Recht ergeben.

Banken – Eigentümer und Gläubiger müssen für Sanierung aufkommen ([437 d.B.](#))

Mit dem neuen Gesetz zur Bankensanierung und -abwicklung (BaSAG) wird ein langjähriges Projekt der Sozialdemokratie umgesetzt. Durch das BaSAG werden künftig Eigentümer und Gläubiger für eine etwaige Sanierung aufkommen, möglichst nicht mehr die SteuerzahlerInnen. Das Gesetz reguliert, wie Sanierungen und Abwicklungen von Kreditinstituten künftig erfolgen; mit dem Ziel, Institute in Schieflage entweder finanziell zu stabilisieren oder geordnet vom Markt nehmen zu können. Unter anderem müssen Banken nun in einen Abwicklungsfonds einzahlen. Dieser Fonds soll die Kosten abdecken, die im Falle einer Abwicklung entstehen. Abwicklungsbehörde für insolvente Banken ist die Finanzmarktaufsicht (FMA).

Sicherheit für Sparvereine

Um die Probleme von Sparvereinen mit strengen Geldwäschebestimmungen zu beheben, gibt es künftig außerdem bis zu einer Einlagenobergrenze in der Höhe von 1.500 Euro jährlich (pro Mitglied) nunmehr Ausnahmen von den Geldwäschebestimmungen, die noch von der FMA per Verordnung festgelegt werden müssen. Das heißt, die Sparer unterliegen einer erleichterten Legitimationspflicht.

Bericht zur Haushaltsplanung (III-118/[382 d.B.](#))

Der Bericht über die Haushaltsplanung für 2015 für Österreich geht von einem "strukturellen Defizit" von einem Prozent aus. Aber auch in den letzten Jahren war der Budgetvollzug immer besser als der Voranschlag. So ist auch 2014 der Budgetvollzug trotz Konjunkturertrübung auf Kurs.

Bundesrechnungsabschluss 2013 ([381 d.B.](#))

Wie in den Jahren davor, war auch 2013 der Budgetvollzug besser als der Voranschlag. Der Rechnungsabschluss weist höhere Einnahmen als veranschlagt, bedingt durch höhere Lohnsteuereinnahmen und Erlösen aus dem Verkauf der Telekomlizenzen.

Finanzausgleich wird verlängert ([384 d.B.](#)), ([385 d.B.](#))

Wie im Regierungsprogramm vereinbart, wird der Finanzausgleich, der die Verteilung der Steuermittel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden regelt, bis 2016 verlängert. Auch die ausdrücklich mit 2014 befristete Vereinbarung über die gemeinsame Förderung der 24-Stunden-Betreuung und die medizinische Versorgung von Häftlingen wird verlängert. Andere 15a-Vereinbarungen auf Basis des Finanzausgleichs, etwa zur bedarfsorientierten Mindestsicherung, gelten automatisch weiter.

EU-Haushalt – Österreichs Beitrag sinkt ([383 d.B.](#))

Das neue EU-Eigenmittelsystem regelt die Aufbringung der Mittel für den EU-Haushalt. Der Beitrag ist im Vergleich zu anderen Ländern gering. Zum Vergleich: Österreich ist das zweitreichste Land der EU (BIP pro Kopf), liegt aber nur auf Platz 6 bei den Nettositionen bis 2020.

Vertragsbedienstete – Verjährungsverzicht ([430 d.B.](#))

Ein EuGH-Urteil von November 2014 hat eine Regelung betreffend Vorrückung und Anrechnung von Vordienstzeiten als rechtswidrig erkannt. Damit Betroffene Rechtssicherheit haben und Ansprüche auch nach einer Neuregelung geltend machen können, wird auf die dreijährige Verjährung verzichtet.

Meldung von Werbeanzeigen – Erleichterung für Tourismuswerbung ([431 d.B.](#))

Die Verpflichtung, Anzeigenschaltungen und Medienkooperation im Ausland zu melden, verursacht für die heimische Tourismuswerbung enormen Aufwand. Der Beschluss mit den Stimmen aller Parteien sieht nun vor, dass Werbeeinschaltungen in ausländischen Medien nicht mehr gemeldet werden müssen, wenn sie sich nur an ein ausländisches Publikum wenden.

Künstler-Sozialversicherung: Situation für Kunstschaffende wird verbessert ([376 d.B.](#))

KünstlerInnen erhalten mit dieser Gesetzesänderung leichteren Zugang zu Leistungen des Künstler-Sozialversicherungsfonds. Der Anspruch auf Leistungen aus dem Fonds richtet sich künftig flexibel nach Jahresumsatz oder Jahresgewinn. Auch bei den Einkommensgrenzen wurden die Regeln so verändert, dass mehr KünstlerInnen Leistungen bekommen können – gerechnet wird mit rund 500 Personen pro Jahr, die davon profitieren. Außerdem wird ein Unterstützungsfonds mit 500.000 Euro für KünstlerInnen in sozialer Notlage eingerichtet.

Filmabkommen mit Israel ([379 d.B.](#))

Durch ein Filmabkommen zwischen Österreich und Israel u.a. können Gemeinschaftsproduktionen dieselben Förderungen bekommen wie inländische Filmprojekte.

Pflegegeld wird erhöht ([414 d.B.](#)), ([447 d.B.](#))

Mit einer Novelle zum Pflegegesetz wird das Pflegegeld ab 2016 erhöht. Die SPÖ hat durchgesetzt, dass Pflegebedürftige ab 2016 um durchschnittlich 111 Euro mehr Pflegegeld im Jahr (insges. 50 Mio. Euro/Jahr) bekommen. Die Sicherung der Finanzierbarkeit unserer international großartigen Leistungen im Pflegebereich ist wichtig. Deshalb werden in den Stufen 1 + 2 die Anspruchsvoraussetzungen leicht erhöht. Insgesamt gibt der Bund für Österreichs hochentwickeltes Pflegenetz 3 Mrd. Euro aus.

Strafvollzug: Wieder zentral im Ministerium ([396 d.B.](#))

Inakzeptable Missstände in Haftanstalten, die in letzter Zeit gehäuft bekannt geworden sind, seien zum Teil auch auf die ungeeignete Steuerung des Strafvollzugs zurückzuführen. Deshalb wird der Strafvollzug reformiert und die ausgelagerte Strafvollzugsdirektion aufgelöst und deren Kompetenzen wieder ins Ministerium übertragen. Die organisatorische und räumliche Nähe zur Ressortleitung und die Zusammenführung von strategischen und operativen Aufgaben soll einen rascheren Informationsfluss, bessere Kontrolle und effizientere Entscheidungen ermöglichen.

StGB nimmt Bestimmungen des internationalen Völkerstrafrechts auf ([397 d.B.](#))

Mit einer Änderung im Strafrecht finden Bestimmungen des internationalen Völkerstrafrechts Eingang in das österreichische Strafgesetzbuch. Die neuen Tatbestände betreffen das Verschwindenlassen von Personen sowie Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

EU-Zusammenarbeit in Justiz-Angelegenheiten ([398 d.B.](#))

Die Umsetzung einer EU-Richtlinie weitet die justizielle Zusammenarbeit der EU-Staaten auch auf das Strafrecht aus. So gelten etwa Schutzmaßnahmen für Opfer (z.B. Betretungsverbot, Kontaktverbot) auch in einem anderen EU-Land, wenn etwa ein potentieller Opfer seinen Wohnsitz verlegt.

Erleichterungen bei Gerichtsgebühren ([399 d.B.](#))

Wesentliche Erleichterungen gibt es künftig bei den Gerichtsgebühren: So fallen bei Abstammungsverfahren die Gebühren für sämtliche AntragstellerInnen weg. Außerdem konnte die SPÖ erreichen, dass in Fällen von einvernehmlicher Scheidung, bei denen die Voraussetzungen für Verfahrenshilfe vorliegen, ebenfalls keine Gebühren anfallen. Für Minderjährige entfallen zudem sämtliche Gebühren in familienrechtlichen Verfahren.

Rechnungslegung wird modernisiert ([400 d.B.](#))

Durch das Gesetz wird die Bilanzrichtlinie der EU umgesetzt, die die Vergleichbarkeit von Jahresabschlüssen fördert. Gleichzeitig wird das österreichische Bilanzrecht reformiert.

Reform des Urheberrechts ([401 d.B.](#))

Diese Novelle zum Urheberrechtsgesetz bezieht sich auf eine EU-Richtlinie zur Nutzung "verwaister" Werke – das sind solche, wo kein Rechtsinhaber bekannt ist. Sie soll die Digitalisierung und Verbreitung des europäischen Kulturerbes durch Museen, Bibliotheken etc. erleichtern.

Organisation der Bezirksgerichte Graz ([402 d.B.](#))

Das Bundesgesetz über die Organisation der Bezirksgerichte in Graz wird aufgehoben, weil die Bestimmungen darin in einer anderen Regelung enthalten sind und parallele Regelungen nicht sinnvoll sind.

Mietrecht – Entlastung und Rechtssicherheit für MieterInnen ([386 d.B.](#)), ([387 d.B.](#))

– siehe Top-Themen

Rechnungshof-Bericht zur Münze Österreich AG (III-23/[407 d.B.](#))

Trotz gewaltiger Umsatzsteigerungen und guter Bilanzen hat der Rechnungshof bei der Münze Österreich gravierende Mängel aufgedeckt. Von Seiten der Münze Österreich wurde argumentiert, dass von den 52 Empfehlungen des Rechnungshofes bereits 50 umgesetzt sind.

Rechnungshofbericht zur Nationalbank (III-63/[408 d.B.](#))

Der Rechnungshof empfiehlt in seinem Bericht zu den Pensionsregelungen der Oesterreichischen Nationalbank die Reform von Altverträgen. Ein erster wichtiger Schritt dabei ist das Sonderpensionsbegrenzungsgesetz, das im Juni 2014 beschlossen wurde.

Rechnungshofbericht Postfilialen + Sanierung Himmelpfortgasse (III-7/[409 d.B.](#))

Die Postfilialen waren Thema dieses Rechnungshofberichts. Die Post versicherte, die Empfehlungen des Rechnungshofes trotz veränderter Rahmenbedingungen umzusetzen. Ein Teilbericht zur Sanierung des Gebäudekomplexes in der Himmelpfortgasse 6-8 kritisiert dieses Projekt aus der Ära Grasser, v.a. fehlende Verträge und nicht zuordenbare Kosten.

Reden

Rede vom 11.12.2014 zum EU-Finanzrahmen 2014-2020

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Herren Minister! Meine Damen und Herren! Halten wir zusammenfassend fest: Wenn man die Verhandlungen betrachtet, haben wir beim neuen EU-Finanzrahmen sowohl für die EU als auch für Österreich ein gutes Ergebnis verhandelt.

Erinnern wir uns zurück: Die Verhandlungslage 2012 sah für Österreich nicht besonders gut aus. Die Kommission wollte unseren Beitragsrabatt komplett streichen, für den ländlichen Raum wollte sie uns aus Brüssel auch kein zusätzliches Geld mehr geben, das Burgenland wäre komplett aus der Förderung herausgefallen, das wären

2 Milliarden € gewesen, die uns das gekostet hätte. Die Zeitschrift „The European Voice“ schrieb damals, dass Österreich mit der verletzbarsten Position aller Mitgliedstaaten in den Haushaltsgipfel hineingegangen ist. Und wie ist Österreich herausgekommen? – Wir erhalten weiterhin den Rabatt, der ländliche Raum bekommt weiterhin Geld aus Brüssel, und auch das Burgenland wird weiterhin gefördert.

Daher kann ich die Kritik der Oppositionsparteien da in keiner Weise nachvollziehen. Das ist ein sehr gutes Verhandlungsergebnis, das der Bundeskanzler hier erreicht hat.

Aber auch für die EU insgesamt haben wir ein gutes Ergebnis erreicht. Der Haushalt nimmt Rücksicht auf die angespannte Finanzsituation der Mitgliedstaaten, und Einsparungen wurden durchgeführt, vor allem in der Verwaltung. Gleichzeitig haben wir

erreicht, dass mehr Gelder für nachhaltige und zukunftssträchtige Investitionen bereitstehen, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Und Investitionen sind jetzt wohl das Wichtigste, damit die Wirtschaft in Europa wieder Fahrt aufnehmen kann.

Daher kann man zusammenfassen: Es war ein durchaus gutes Verhandlungsergebnis. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Muttonen zum Internationalen Tag der Menschenrechte: Brauchen mehr Frauen in der Sicherheitspolitik \(10.12.2014\)](#)

[Muttonen: Österreich hat internationale Vorbildfunktion im Kampf für nukleare Abrüstung \(09.12.2014\)](#)

COSAC-Sitzung in Rom



Vom 30. November bis zum 2. Dezember war ich als sozialdemokratisches Mitglied des österreichischen EU-Ausschusses auf der Konferenz der nationalen EU-Ausschüsse in Rom. Die Konferenz findet halbjährlich in dem Land statt, das gerade die EU-Ratspräsidentschaft inne hat und gibt den Vertretern der nationalen Parlamente sowie des Europäischen Parlaments die Gelegenheit sich auszutauschen und gemeinsame Positionen zu EU-Themen zu formulieren.

In Rom standen unter anderem die Zwischenbilanz der EU 2020-Strategie für Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit, die Reform der EU-Institutionen sowie die Rolle der EU im Mittelmeerraum und in Osteuropa auf der Tagesordnung.

Mit Blick auf die EU 2020-Strategie haben wir mehrheitlich das von der neuen Kommission vorgeschlagene 300-Mrd.-€-Investitionsprogramm begrüßt, gleichzeitig aber betont, dass dieses Investitionsvolumen bei weitem noch nicht ausreicht, um die EU

2020-Ziele erreichen zu können. Um öffentliche Investitionen in EU 2020-Projekte und in Projekte gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu erleichtern, haben wir auf der Konferenz zudem vorgeschlagen, Investitionen, die durch die EU Struktur- und Investitionsfonds kofinanziert werden, nicht in die Berechnung des strukturellen Defizits einzubeziehen.

Ein eigenes Statement habe ich zum Thema EU-Reform abgegeben. Dabei habe ich hervorgehoben, dass der Vertrag von Lissabon die EU zwar viel demokratischer gemacht hat, aber gerade bei den Mitwirkungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente noch viele Verbesserungen möglich sind. Die EU bedürfe bei ihren Entscheidungen einer doppelten Legitimation – durch das EU-Parlament und durch die nationalen Parlamente. Darum sei es wichtig, die nationalen Parlamente stärker als bisher in die Gesetzgebung einzubinden. Das gelte besonders für die Eurozone, wo eine notwendige stärkere Integration nur dann Zustimmung erhalten werde, wenn sie mit einer intensiveren demokratischen Mitbestimmung einhergehe.

Was die Nachbarschaftspolitik der EU angeht, so sprachen sich die Konferenzteilnehmer dafür aus, die Nachbarstaaten der Union besser bei ihren Demokratisierungsprozessen zu unterstützen und dabei auch die Zivilgesellschaft besser einzubeziehen. Die Konferenz begrüßte zudem die Parlamentswahlen, die am 26. Oktober in der Ukraine stattgefunden haben. Das militärische Vorgehen Russlands in der Ostukraine wurde verurteilt, gleichzeitig haben wir gegenüber der ukrainischen Regierung stärkere Reformbemühungen und einen landesweiten Dialog angemahnt.

Treffen des OSZE-Präsidiums und des OSZE-Ministerrats



Als Vizepräsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE war ich am 03. und 04. Dezember in Basel um an den Sitzungen des OSZE-Präsidiums und des OSZE-Ministerrates teilzunehmen. Neben vielen administrativen Punkten, u.a. zur Vorbereitung des jährlichen OSZE-Wintertreffens in Wien, stand natürlich die

Rolle der OSZE im Ukraine Konflikt im Vordergrund der Treffen. Wie groß das Interesse auf allen Seiten an weiteren Gesprächen ist, zeigte auch die hohe Zahl an Außenministern die in Basel anwesend waren, darunter die Außenminister Russlands und der USA, Lawrow und Kerry.

Kritisiert wurde vor allem das Verhalten Russlands. Kerry und die EU-Außenbeauftragte Federica Morgherini forderten, Moskau müsse damit aufhören, Waffen an die Separatisten in der Ostukraine zu liefern. Statt dessen solle sich der Kreml an die Abmachungen des Minsker Protokolls halten. Der deutsche Außenminister Steinmeier fürchtete angesichts der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der militärischen Auseinandersetzung in der Ostukraine eine unmittelbare Gefährdung der europäischen Friedensordnung.

Der russische Außenminister Lawrow verteidigte das Vorgehen Russlands. Moskau müsse die russische Bevölkerung in der Ostukraine schützen. Schuld an der Situation sei vor allem die NATO, die nach Osteuropa expandiert sei. Wie auch bereits seine VorrednerInnen wünschte sich aber auch der russische Außenminister einen verstärkten Dialog im Rahmen der OSZE.

Einig waren sich alle Beteiligten daher auch darin, dass die OSZE ihre Beobachtermission in der Ostukraine weiterführt. Die Schweiz, die in diesem Jahr den OSZE-Vorsitz innehatte, preschte mit einer sehr positiven Initiative vor. Sie will ein Gremium aus Fachleuten aufbauen. Die Experten sollen dann Vorschläge machen, wie wieder Vertrauen zwischen den Konfliktparteien und Respekt für die Helsinki-Prinzipien geschaffen werden kann.



Die Außenminister der USA und Deutschlands, John Kerry und Frank-Walter Steinmeier

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at